

Deutschland.

Berlin, 22. November. In den alten Provinzen bestand bisher die Einrichtung, daß die Bezirks-Regierungen alle zwei Monate einen Immediat-Bericht einzufenden hatten, um Se. Majestät den König und die Regierung über die Zustände ihres Verwaltungsbezirks in Kenntniß zu setzen. Für diese Berichte waren eine Reihe von Rubriken vorgeschrieben, deren Ausfüllung zu erfolgen hatte. Die Einrichtung dieser Immediatberichte ist nicht mehr für zweckmäßig befunden und daher von Sr. Majestät dem König verordnet worden, daß die Berichte alle drei Monate abzustatten, daß sie von dem Regierungspräsidenten, als demjenigen, der von den Zuständen seines Verwaltungsbezirks die beste Kenntniß haben muß, selbst zu verfassen und daß von den früheren Rubriken Abstand genommen und dasjenige Material ausgewählt werden soll, welches als das geeignetste erscheint. Die derartige Berichterstattung hat auch aus den neuen Landesteilen zu erfolgen. — Von dem Centralbureau des Zollvereins ist eine Vergleichung der gemeinschaftlichen Zolleinnahmen im 1. und 2. Quartal d. J. mit den Einnahmen in demselben Zeitabschnitt des vorigen Jahres veranstaltet worden. Hiernach beträgt die Einnahme in der ersten Hälfte d. J. 11,053,835 Thlr., die des vorigen Jahres 9,755,407 Thlr., so daß sich eine Mehreinnahme von 1,278,426 Thlr. im laufenden Jahre herausstellt. Trotdem sind die günstigen Resultate der früheren Jahre noch nicht erreicht und wird die Lage des Geschäftsverkehrs noch immer nicht als eine normale bezeichnet. Es ist indessen darauf zu rechnen, daß eine fernere Steigerung der Einnahmen statifindend wird, sobald die politischen Verhältnisse eine stabilere Gestalt angenommen haben werden. Mehr-Verzollungen haben stattgefunden bei rohem Kaffee, rohen unbearbeiteten Tabackblättern, Wein, Branntwein, baumwollenem Garn, wollenen Waaren, Seide und Seidewaaren zc.; Minder-Verzollungen besonders bei Rohzucker, Roheisen, Eisenbahnschienen, groben Eisenwaaren, Lokomotiven, frischen Süßfrüchten, Schweinen und Pferden.

Berlin, 22. November. Se. Majestät der König empfing Freitag Morgens, im Beisein des Grafen Waldersee und des Stadtkommandanten v. Alvensleben, den Generalmajor Schulz, den aus Schleswig hier eingetroffenen Obersten v. Osten, sowie die sächsischen Offiziere vom 12. Armeekorps, welche die hiesige Kriegs-Akademie besuchen, und arbeitete darauf von 10 bis 1 Uhr mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Oberstleutnant v. Albedyll. Hierauf folgten die Vorträge des Civil- und Militär-Kabinetts, des Geh. Hofrathes Bock und eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr Nachmittag fand die Abreise Sr. Majestät des Königs über Friesack, Wittenberge zc. per Extrazug nach Crüden und der Garbe bei Aulosen statt. — Sonnabends wird in der Garbe eine Fasanenjagd abgehalten, und nach dem Diner in Crüden erfolgt die Rückreise über Wittenberge, Friesack per Expresszug nach Berlin.

Berlin, 22. November. Der Abend des Geburtstagesfestes J. K. H. der Kronprinzessin vereinigte in der Galerie und den Paradergemächern der ersten Etage des Neuen Palais eine zahlreiche und glänzende Gesellschaft aus den Hof- und Gesellschaftskreisen der Residenzen von Berlin und Potsdam zu einer Solirée bei J. K. H. dem Kronprinzen und der Kronprinzessin. Gegen ½ 8 Uhr wurde die Gesellschaft nach dem Theater geleitet, in welchem einst der große König, der Erbauer des Palais, das im Stadtschloße zu Potsdam befindliche und später zu Wohngemächern, Alexander v. Humboldt benutzte dieselben, umgebaute Theater ganz in demselben Umfange und demselben Style zum zweiten Male hatte erstehen lassen und welches in seiner Erneuerung weiß, gold und sammetroth, einen ungemein glänzenden und prächtigen Anblick gewährte. Unten im Halbkreise vor dem Orchester waren Fauteuils für Se. Maj. den König und die höchsten Herrschaften und davor Schmel für die Kronprinzlichen Kinder aufgestellt, auf den offenen und amphotheatralischen Sitzen hatten die Damen in Abendgesellschaftstoeilette Platz genommen, in den beiden geschlossenen und offenen Logenreihen die Herren in Uniform. Bei Beginn des von Sr. K. H. dem Prinzen Albrecht (Sohn) komponirten Festmarsches erhob sich die Gesellschaft von ihren Sitzen und erwartete die Ankunft des Hofes. Unter Vortritt des Hofmarschalls Edlen Herrn zu Puttitz und des diensthütenden Kammerherrn erschienen die Kronprinzlichen Kinder, Prinz Friedrich Wilhelm, Prinz Heinrich mit der Prinzessin Charlotte in der Mitte, Se. Maj. der König in der Uniform des ersten Garderegiments z. F. führte J. K. H. die Kronprinzessin, Se. K. H. der Kronprinz in der Uniform des 8. Dragoner-Regiments, J. K. H. die Prinzessin Karl, Se. K. H. Prinz Karl, J. K. H. die Prinzessin Friedrich Karl, J. K. H. Prinz Friedrich Karl, Albrecht (Sohn), Adalbert, Alexander, Georg, August von Württemberg, Se. H. Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Prinz Heinrich von Hessen, Herzog Einar von Oldenburg folgten.

Den Mittelpunkt der theatralischen Darstellung bildete ein einaktiges Schauspiel „Electra“ ein Nachspiel zu dem blutigen Atridenmythus, ein Schluß- und Dillaktort nach den Gräueln, deren Schauplatz das Königshaus zu Mycenä war, eine Dichtung voll stiller Größe, voll ernster Schönheit und verschönernder Weiblichkeit. Den Prologos in der Form einer Rhopodie, der dem Stücke voranging, war bestimmt, die Zuschauer in den Mythus einzuführen und dieser, die Vorgeschichte des Stückes, war durch drei lebende Bilder dargestellt, in denen sich zugleich der Inhalt der Goetheschen Iphigenie Innern an dem Herzen eines Gatten, in dem Glücke der Familie und dieser Schluß des Stückes gestaltete sich zugleich in dem Schlußbilde „die Weiblichkeit des Herdes“ zu einer symbolischen Anwendung auf die Feler des heutigen Tages. Der Prolog war von Professor Dr. Eggers gedichtet und in antikem Costüm vorgetragen. Die

Gruppe, welche der Erzählung des Rhapsoden lauschte, bestand aus dem Freiherrn v. Wittwiz; v. Loen, Graf Gustav Keller, Gen. v. Arnim vom ersten Garderegiment z. F., ferner dem Gr. Dönhoff, Fehrn. v. d. Assenburg, v. Rabe vom Regiment des Gardes du Corps. Dem Prologe folgte die Ouverture zu Iphigenia von Aulis von Gluck, Schluß von R. Wagner. Die Darstellenden der „Electra“ waren: Electra — Gräfin Hedwig von Brühl; Iphigenia — Fräulein Marie von Olfers; Orest — Herr Baron de la Motte Fouqué, vom 4. Garderegiment; Clytades — von Leipziger, vom 1. Garderegiment z. F.; Mycon — von Wolfrodt, vom 4. Garderegiment. Das Orchester dirimirte Graf Waldersee, Hauptmann im 1. Garderegiment z. F., die Musik wurde von der Kapelle des 1. Garderegiments z. F. ausgeführt, die Gesänge vom Domchor, die lebenden Bilder hatte der Maler Begas gestellt. Die Inszenirung der Electra hatte der Hofmarschall Baron v. Puttitz geleitet. Nach dem Theater war in den Gesellschaftsräumen Cercle und Buffet.

Die Wiener Blätter sind von dem Napoleonischen Konferenzprojekt wenig erbaut; sie halten es für rathamer, die Kaiserliche Regierung den Verlegenheiten, in welche sich dieselbe gestürzt, zu überlassen. Fünfzehn Jahre lang, sagt die N. Fr. Pr., war Oesterreich der Sündenbock, auf welchen alle Flammen der das Bonapartistische Regime bedrohenden Leidenschaften herabgelenkt wurden. Dieser Sündenbock existirt nicht mehr, und ein Ersatz dafür ist schwer aufzufinden; so soll den jetzt auf Alle abgelagert werden, was die Tullerleer-Politik allein verschuldet. Aber Europa ist flug geworden durch Schaden, und das Fiasco, welches dem Kaiserreiche mit der fast einstimmigen Zurückweisung seines plumpen Konferenzvorschlages herbeikam, ist eines der erfreulichsten Symptome der jüngsten Zeit. Die Tullerleer-Politik hat Europa nicht gefragt, als sie sich abermals in Nam einpferchte; Europa hat kein Interesse, Frankreich aus der Klemme herauszuhelfen. Es giebt für die Tullerleer kein anderes Mittel mehr, als in der Konferenzfrage Harde zu bekennen oder mit Italien einen neuen Pact zu schließen. Die Vorlage eines Konferenz-Programmes kann Napoleon nicht behagen, denn er will die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht so wenig als deren Abschaffung verantworten, und das eine wie das andere Programm engagirt ihn, der freie Hand behalten und nur den anderen Mächten die Hände binden möchte. Ja wohl, die Römische Frage ist die größte Verlegenheit für die Napoleonische Politik, denn da ist ein Balanciren nicht länger möglich und verbieten die bekannten zwei Seelen jede Entscheidung. Die weltliche Souverainetät des Papstes und die Einheit Italiens neben einander zu erhalten, ist auf die Dauer auch nicht mehr möglich, und Europa weigert sich, für die Intervention Frankreichs irgend eine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Und weshalb weigert sich Europa? Weil es endlich sieht, wogegen es so lange blind war, und zur Ueberzeugung gelangt ist, daß das beste Mittel, den Frieden zu erhalten, nicht darin besteht, mit der Napoleonischen Politik im Einverständnis bald in der einen, bald in der anderen Richtung zu conspiriren, sondern darin, nach dem Vorbilde Englands diese Politik sich selbst zu überlassen. Das Fiasco der Konferenz ist ein erster Schritt auf diesem Wege, und wenn heute das Vertrauen in die Erhaltung des allgemeinen Friedens erstarbt, so dankt die Welt dies nicht der jüngsten französischen Thronrede, sondern jener wohlthätigen diplomatischen Isolirung, in welche das Tullerleer-Kabinet, Dank der Unlust aller anderen Mächte zu irgend welcher Intervention, mehr und mehr sich versezt sieht.

Am Freitag Mittag fand bei dem Präsidenten v. Forderbeck eine Besprechung von Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen des Hauses statt, um über die Behandlung des Budgets pro 1868 zu berathen. Es nahmen an derselben Theil die Abgg. v. Bodelschwingh (kons.), Prinz Hohenlohe (freikon.), v. Binde-Oldendorf (allib.), Rhoden (Centrum), Franke (Schleswig-Holstein), Windhorst (partikul.), v. Bennigsen (nat.-lib.), v. Bodum-Dolffs (linkes Centrum), Freiherr von Hoverbed (Fortschrittspartei) und Waligorski (Polen). Präsident v. Forderbeck machte von vornherein den Vorschlag, den Etat durch Vorberathung im Hause wie im vorigen Jahre zu erledigen, sodann aber Spezialkommissarien für die einzelnen Gruppen des Etats zu ernennen, welchen die Verhandlung mit den Regierungskommissarien zu übertragen sei. Die Mitglieder des Hauses hätten sodann ihre Vorschläge und Wünsche in Betreff des Etats den Spezialkommissarien mitzutheilen, welche sich sodann in Betreff derselben mit den Regierungskommissarien zu verständigen hätten. Die Abgg. v. Bodelschwingh, Franke, Rhoden und v. Binde-Oldendorf erklärten sich mit diesem Vorschlage ohne Weiteres einverstanden; der Abg. v. Hoverbed erklärte, daß sich die Fortschrittspartei in erster Linie für die Ueberweisung des Etats an eine Kommission zur Vorberathung aussprechen werde, daß sie sich jedoch mit Rücksicht darauf, daß sie in der Minorität bleiben dürfte, den Beschlüssen der Majorität unterwerfen müsse. Für diesen Fall müsse er jedoch beantragen, daß speziell für die Vorberathung im Hause die Beschlußfähigkeit des Hauses auf eine geringere Zahl von Mitgliedern normirt werde und daß die Geschäftsordnung dahin abgeändert werde, und zwar im Interesse der Gründlichkeit der Berathung, daß während der Vorberathung keine Schlußanträge zulässig seien, vielmehr die Debatte über die einzelnen Punkte so lange fortgesetzt werde, als Redner in die Rednerliste eingetragen seien. — Der Abg. Waligorski sprach sich ebenfalls für die Vorberathung aus mit dem Zusatz der unbeschränkten Freiheit der Diskussion, enthielt sich jedoch, spezielle Anträge zu stellen. Der Abg. v. Bennigsen sprach sich ebenfalls für die Vorberathung aus; verlangte jedoch den Zutritt aller Mitglieder zu den Beratungen zwischen den Spezialkommissarien des Hauses und den Regierungskommissarien. Der Abg. v. Bodum-Dolffs stellte den definitiven Antrag auf Verweisung des Etats an die Budgetkommission, zog denselben aber später wieder zurück. — Die

Beratungen wurden sodann abgebrochen, ohne daß ein definitiver Beschluß gefaßt wurde; die Fraktionen werden Freitag Abend über dieselbe Angelegenheit in Berathung treten und werden die Beschlüsse derselben Sonnabend 10 Uhr in einer nochmaligen Berathung der Deputation von den Deputirten mitgetheilt werden. Jedoch ist schon jetzt die Vorberathung im Hause als gesichert zu betrachten. Der Präsident hat Dienstag, Donnerstag und Freitag einer jeden Woche für die Vorberathung in Aussicht genommen.

Nicht allein die beiden konservativen Fraktionen und die Ultraliberalen, sondern auch ein großer Theil der National-Liberalen, darunter der Abg. Twetten selbst, haben sich für Ablehnung des ersten Kaiserlichen Antrages ausgesprochen, weil sie der Ansicht sind, daß der Antrag einen Eingriff in die Gerichtspflege und besonders in das Begnadigungsrecht der Krone enthalte. — In Betreff des zweiten Antrages, die Deklaration des Art. 84 der Verfassung betreffend, steht die Annahme in Aussicht, jedoch ist von konservativer Seite ein Antrag in Aussicht genommen, der Freitag Abend noch ventilirt werden wird, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß für den Fall, daß ein Mitglied des Hauses wider besseres Wissen sich der böswilligen Verleumdung einer Person schuldig macht, dem Hause das Recht zustehen solle, dieses Mitglied durch Majoritätsbeschluß auszuschließen.

Köln, 20. November. Unterm 18. d. ist, der „Köln. Ztg.“ zufolge, folgende Adresse von katholischen Bürgern Kölns, welche in einigen Tagen über 2200 Unterschriften erhalten hat, an Se. Maj. den König abgesandt worden:

Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster König und Herr!
In vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit Ew. Majestät wagen es die unterthänigst Unterzeichneten, in einer ihrer heiligsten Angelegenheiten eine Bitte an den Stufen des Thrones niederzulegen. Nachdem einer der legitimsten Throne, der päpstliche Stuhl, schon vor einigen Jahren den größten Theil seines Besitzthums verloren und der heilige Vater außer Stand gesetzt worden, den Rest des Patrimoniums Petri mit eigener Macht zu behaupten, sind neuerdings revolutionäre Banden in das päpstliche Gebiet eingedrungen, mit der laut ausgesprochenen Absicht, die geistliche und weltliche Herrschaft des Papstes zu vernichten und sich des Kirchenstaates zu bemächtigen. Unser heiliger Vater, der Oberhirt der katholischen Christenheit, steht da wie ein rechtloser Greis, den Jeder mißhandeln und berauben darf! Wohl scheint es, als ob die französische Regierung wieder in ihre Vermittlerrolle oder selbst in ein Protektorat über den Papst eintreten möchte, und dürfen wir dabei nicht verkennen, daß der energische Schutz, den die französischen Waffen gegen den rebellischen Ueberfall dem heiligen Vater jüngst gewährt haben, den Dank aller Katholiken sich erworben. Aber dennoch widerstrebt es unserem Nationalgefühl und unseren katholischen Interessen, daß der heilige Vater von dem Wohlwollen Frankreichs oder einer anderen einzelnen Macht abhängen soll, während unser deutscher König nicht minder berechtigt und berufen ist, unsere durch die fortwährenden Angriffe auf Rom so schwer verletzten Rechte zu beschützen. In Papst Pius IX. verehren wir unser geistliches Oberhaupt, und sein Erbe, daß ihm eine unabhängige, freie, geistliche und materielle Existenz sichern soll, ist durch seinen Ursprung wie seine Bestimmung gleichsam Eigenthum aller Katholiken, also auch das unsrige. Als treuehörige Unterthanen Ew. Majestät, die stets bereit waren, dem Wohle des Vaterlandes Gut und Blut zu opfern, glauben dieselben sich Anspruch auf den Schutz ihrer heiligsten Interessen erworben zu haben; sie glauben, auf jenen Schutz um so zuverlässiger rechnen zu dürfen, als diese Interessen übereinstimmen müssen mit denen aller Fürsten und Völker, wenn nicht alle Throne und jeder rechtliche Besitz in Frage gestellt werden sollen. Deshalb wenden sich die unterthänigst Unterzeichneten vertrauensvoll an Ew. Majestät mit der Bitte: „diejenigen Schritte zu thun, welche dahin führen, daß die Freiheit und Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles und seines Besitzthums gesichert und erhalten werden.“

In tiefster Ehrerbietung zeichnen Ew. Königl. Majestät unterthänigste Bürger der Stadt Köln. Köln, am 10. November 1867.

Kassel, 22. November. Bei der heutigen Nachwahl in Mittel ist der Kreisgerichts-Direktor Gleim (liberal) mit großer Majorität zum Abgeordneten gewählt worden.

München, 22. November. Die preussische Regierung hat die Zollvereinsverträge mit den Südpäaten nur unter der Bedingung ratifizirt, daß die Verbindlichkeit der vorjährigen Bündnisverträge nicht angezweifelt werde. Es herrscht hier darüber eine große Verstimmung, und das heutige Regierungsblatt veröffentlicht den Zollvereinsvertrag ohne diesen Beifag. — Die hiesige Regierung ist zur Konferenz über die Römische Angelegenheit bereit, vorausgesetzt, daß Rom und Italien selbst daran Theil nehmen.

Wien, 22. November. Im Abgeordnetenhause wurde eine Interpellation wegen Vorlage der Handelsverträge an die Regierung gerichtet. Das Gouvernement wurde außerdem gefragt, ob es beabsichtige, den deutschen Zollvertrag in einigen Punkten abzuändern. Der Finanzminister Bede sagte in seiner Antwort, daß der erste Punkt bereits vom Fehrn. v. Beust beantwortet worden sei; und was den zweiten Punkt betrafte, so beabsichtige die Regierung keine derartige Abänderung.

Paris, 21. November. Der Kaiser ist sehr düster und arbeitet fast den ganzen Tag. Die schlechte Aufnahme, die sein Konferenz-Projekt bei den verschiedenen Mächten fand, soll ihn besonders mißstimmt haben, und es wäre nicht unmöglich, daß schon dieser Tage ein Circular des Herrn Moustier abgehen dürfte, worin die französische Regierung ihre Beschlüsse bekannt macht, für den

